

389162-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – Neubau Mittelschule Oberstdorf, Planung Technische Ausrüstung, ALG 4, 5, 6 (ELT), gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9

OJ S 114/2025 17/06/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Schulverband der Volksschule Oberstdorf (Mittelschule), vertr. d. den Markt Oberstdorf

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Mittelschule Oberstdorf, Planung Technische Ausrüstung, ALG 4, 5, 6 (ELT), gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9

Beschreibung: Planung Technische Ausrüstung, ALG 4, 5, 6 (ELT)

Kennung des Verfahrens: 2cb54970-8172-4e11-800e-e05fd98920a5

Interne Kennung: AV24A431-EU

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71300000

Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Alpgaustraße 28

Stadt: Oberstdorf

Postleitzahl: 87561

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Eignungsnachweise und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform eingereicht werden.

Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabepattform möglich. a) Die ausgefüllten Eignungsnachweise

und auch die Angebote sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bieters / der Bietergemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Eignungsnachweise werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).

b) Während der Angebots-/Teilnahmephase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bieterfragen/-mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebots-/Teilnahmefrist veröffentlicht.

c) Teilnahmeunterlagen (Angebote mit Eignungsnachweis) können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreibers, dem die Teilnahmeunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden.

d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, dem Eignungsnachweis beizulegen.

e) Informationspflicht des Bieters: Die Teilnehmer/die Bieter verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebots- und Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bieter ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebots- und Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Eignungsnachweis und das Angebot auswirken, gelten folgende Regelungen: Sind der Eignungsnachweis und das Angebot bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Angebots- und Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und kein neuer Eignungsnachweis und kein neues Angebot abgegeben werden, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und ein neuer Eignungsnachweis und ein neues Angebot abgegeben werden. Der neue Eignungsnachweis und das neue Angebot müssen vor Ende der Angebots- und der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden sollen. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete, Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Angebots- und Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, — der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden sollen. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Eignungsnachweis und ein bereits eingereichtes Angebot, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden müssen. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: entfällt

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: a) Erklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bieters, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bieter eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bieter bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bieter muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; g) Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bieters über die Bildung von Bietergemeinschaften. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihren Eignungsnachweis eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbeteiligungen sind auch Teilnahmen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieterbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) Erklärung Bezug Russland; j) Erklärung Masernschutzgesetz

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Mittelschule Oberstdorf, Planung Technische Ausrüstung, ALG 4, 5, 6 (ELT), gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9, stufenweise Beauftragung

Beschreibung: Die Mittelschule Oberstdorf soll durch einen Ersatzneubau neu errichtet werden. Im Gebäude werden die Mittelschule und eine Musikschule untergebracht. Es ist ein gemeinsamer Windfang vorgesehen, über diesen sind die beiden Gebäudeteile voneinander getrennt zugänglich. Durch den Teilabbruch der bestehenden Schule wird Platz geschaffen für den Neubaukörper im Bereich des jetzigen Schulhofs. Der Neubau soll als langgestreckter Baukörper mit Satteldach in vorgefertigter Holzbauweise oder Holz-Beton-Hybridbauweise in Nord-Süd-Richtung realisiert werden. Durch seine Position bildet der Neubau der Mittelschule eine Adresse und gestaltet den Zugang zum Schulcampus neu. Er gliedert das Grundstück in die Zuwegung zur Mittelschule, zu den Sporthallen, zur Bücherei und zum Gymnasium im Westen und zu dem privateren Schul- und Pausenhof im Osten. Ein Vorfertigungsgrad bis hin zu Raummodulen soll in die Überlegungen einbezogen werden. Ein großer Teil der konstruktiven Bauteile wird oberflächenfertig hergestellt und verbleibt als Sichtkonstruktion

(ohne Bekleidungen).--- Pädagogisches Konzept: Ein modernes pädagogisches Konzept definiert die Grundrisse über Lerncluster und eine transparente und kommunikative Erschließung. Die Lerncluster oder Lernhäuser haben einen wohnungsähnlichen Charakter, deren Marktplätze den direkten Bezug zur Landschaft mit den Bergen haben. --- Witterungsschutz / Sonnenschutz / Brandschutz: Ein umlaufender Laubengang dient sowohl dem Brandschutz, als auch dem Witterungs- und konstruktiven Sonnenschutz. --- Haustechnik: Die Haustechnik soll im "Low-Tech-Standard" mit möglichst wenig Aufwand im Unterhalt realisiert werden. Die Lüftung soll möglichst über die manuelle Fensterlüftung erfolgen. --- Baustellensicherheit: Die Baustelle befindet sich inmitten des Schulcampus der Mittelschule und des Gymnasiums. Es herrscht während der Baumaßnahme regulärer Schulbetrieb im Bestandsgebäude der Mittelschule und im Gymnasium und somit auch Schüler- und Lehrerverkehr auf dem gesamten Campus. Daher ist an dieser Stelle ein erhöhtes Augenmerk auf die Baustellenlogistik und -sicherheit notwendig. --- Interimsmaßnahme: Nutzungen ziehen interimsmäßig innerhalb des Bestands um, die aktuell auch in der Bestandsschule untergebrachte Musikschule zieht vorübergehend aus. --- Förderung: Der Förderantrag soll im Herbst 2025 eingereicht werden. Die LPH 1-3 müssen bis dahin abgeschlossen sein. Die LPH 5 und Teile der LPH 6 und 7 sollen in 2026 abgeschlossen sein. ---Voraussichtlicher Zeitplan: Die Angebotswertung findet voraussichtlich Mitte / Ende August 2025 statt. Die Auftragsvergabe und der unmittelbar darauffolgende Projektstart ist für September 2025 vorgesehen. Baubeginn soll im Herbst 2026 / Frühjahr 2027 erfolgen. Die Fertigstellung und anschließende Inbetriebnahme ist bis Ende 2029 vorgesehen.

Interne Kennung: AV23F9E1-EU

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71300000

Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71321200 Heizungsplanung, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71321400 Beratung im Bereich Belüftung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 55 f HOAI 2021; Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 55 f HOAI 2021; Stufe 3: LPH 5-7, gem. § 55 f HOAI 2021; Stufe 4: LPH 8-9, gem. § 55 f HOAI 2021; Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht. Die LPH 4 wird nur bei Bedarf beauftragt bzw. abgerufen.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Beschreibung d. Verlängerungen: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss d. LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann insbes. dann

eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Freigabe durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein

Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 127.000 EUR brutto im Leistungsbild Technische

Ausrüstung ALG 4, 5, 6 (ELT)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im Eignungsnachweis über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 3.000.000 EUR für Sachschäden bei einem

Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Erhöhung im Auftragsfall muss bei Auftragserteilung vorliegen und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft (BIEGE) über die Anzahl der technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter (bei 40 h / Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2022, 2023, 2024) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 2 technischen festangestellten VZ-MA (bei 40 h / Woche) inkl. Geschäftsführung (GF) im

Leistungsbild Technische Ausrüstung ALG 4, 5, 6 (ELT). Freie MA sind wie Unterauftragnehmer (UA) im Eignungsnachweis aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gem. § 47 Abs. 1 VgV im Eignungsnachweis unter Anlage 1 ist von den freien MA auszufüllen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bieters über die Berufsqualifikation eines GF oder einer FK gem. § 75 VgV: Der Bieter erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der GF bzw. unter den FK mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Ingenieur oder staatlich geprüfter Techniker oder Meister der Fachrichtung Elektrotechnik“ o.vgl. gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bieters. (Sitz des Bieters.) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Abschlussurkunde/ -zeugnis mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Ingenieur oder staatlich geprüfter Techniker oder Meister der Fachrichtung Elektrotechnik“ o.vgl. nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU –Berufsanerkennungsrichtlinie – gewährleistet ist.----- b)Die Berufserfahrung des GF oder der FK [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter b) Berufsqualifikation] im Leistungsbild Planung Technische Ausrüstung ALG 4, 5, 6 (ELT) ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung ist 5 Jahre Berufserfahrung für den GF oder die FK im Leistungsbild Planung Technische Ausrüstung ALG 4, 5, 6 (ELT).-----

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenz 1: - Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.06.2017 - 31.05.2025 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - Gegenstand des Referenzprojektes ist eine TA-Leistung bei einer Neubaumaßnahme im Bereich Hochbau. - Das Referenzprojekt hat ein vergleichbares Bauvolumen von mind. 900.000 € brutto (KG 400, ALG 4, 5, 6 [ELT]). - Bei dem Referenzprojekt wurden die Leistungsphasen 2-3, 5-8 der Techn. Ausrüstung aus dem Bereich der ALG 4, 5, 6 (ELT) dem Bieter beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht. - ALG 4, 5, 6 (ELT): Es wurden mind. zwei der genannten ALG dem Bieter beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht. - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform.--- Referenz 2: - Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.06.2017 - 31.05.2025 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - Gegenstand des Referenzprojektes ist eine TA-Leistung bei einer Neubaumaßnahme im Bereich Hochbau. - Das Referenzprojekt hat ein vergleichbares Bauvolumen von mind. 900.000 € brutto (KG 400, ALG 4, 5, 6 [ELT]). - Bei dem Referenzprojekt wurden die Leistungsphasen 2-3, 5-8 der Techn. Ausrüstung aus dem Bereich der ALG 4, 5, 6 (ELT) dem Bieter beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht. - ALG 4, 5, 6 (ELT): Es wurden mind. zwei der genannten ALG dem Bieter beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht. - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform.--- zusätzliche Kriterien: Mindestanforderungen bei jeweils einer der beiden eingereichten, wertbaren Referenzen: - Eines der eingereichten Referenzprojekte war eine Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Auftraggeber bzw. bei einem Referenzprojekt wurden die einschlägigen Vergaberichtlinien analog eines öffentlichen Auftraggebers (Anlage 3 zu Art. 44 BayHO (ANBest-K)) eingehalten. - Bei einem der eingereichten Referenzprojekte

wurde bei der Beschaffung von Fördermitteln mitgewirkt. (Das Förderprogramm ist zu benennen) - Vergleichbarkeit mit der Aufgabenstellung: Gegenstand des Referenzprojekts war die Planung eines Gebäudes mit öffentl. Nutzung, bei dem die speziellen baulichen Anforderungen beim Bauen für Kinder berücksichtigt wurden.----- Alle Referenzkriterien sind Mindestanforderungen.----- Es werden nur Referenzprojekte bei der Eignungsprüfung berücksichtigt, für die ein Referenzdatenblatt (=Teil 4) im Eignungsnachweis ausgefüllt wird. ----- Die Referenzprojekte 1 und 2 müssen untereinander verschieden sein. -- Die Nichteinhaltung der Eignungskriterien führt zum Ausschluss. -- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bieter, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. -- Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. -- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien". Alle Eignungskriterien sind Mindestanforderungen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Projektteam (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 36

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 34

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av24a431-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av24a431-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bieter müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben. --- Entsprechend des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz, Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bieter müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av24a431-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 17/07/2025 08:30:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB

(Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30

Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach

Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-

Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30

Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt

der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender

Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bieter im

Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10

Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe des Eignungsnachweises und des Angebots gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).
Beschaffungsdienstleister: Meixner + Partner GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Schulverband der Volksschule Oberstdorf (Mittelschule), vertr. d. den Markt Oberstdorf
Registrierungsnummer: DE162456327
Postanschrift: Prinzregenten-Platz 1
Stadt: Oberstdorf
Postleitzahl: 87561
Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)
Land: Deutschland
Kontaktperson: externe Verfahrensbetreuung: Meixner + Partner GmbH, Gögginger Str. 93, 86199 Augsburg Fr. Wiesholzer
E-Mail: vgv@meixner-partner.de
Telefon: +49 821 50105159
Internetadresse: <https://www.markt-oberstdorf.de>
Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av24a431-eu>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Meixner + Partner GmbH
Registrierungsnummer: DE226852359
Postanschrift: Gögginger Str. 93
Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86199
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Frau Wiesholzer
E-Mail: vgv@meixner-partner.de
Telefon: +49 82150105159
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE811335517
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/behoerde/mittelinstanz/vergabekammer>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e32f167b-a1dd-4d4c-9e39-5f33aee42a39 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/06/2025 12:41:44 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 389162-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 114/2025

Datum der Veröffentlichung: 17/06/2025